I
01
Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 01747/2019 der Fraktion DIE LINKE
Betreff: Handlungsfähigkeit wiedererlangen - Altschulden ostdeutscher Wohnungsunternehmen endlich streichen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass die den ostdeutschen Wohnungsunternehmen nach der Wende aufgebürdeten Altschulden schnellstmöglich gestrichen werden. Über die Ergebnisse diesbezüglicher Gespräche mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Landtages M-V sowie Regierungsvertretern von Bund und Land soll er der Stadtvertretung fortlaufend berichten.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist zulässig.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG) vom 14. Februar 2018 wurde der Kommunale Entschuldungsfonds Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet.

Nach § 22a Absatz 6 Satz 1 und 2 des FAG sollen die Gemeinden aus diesem Fonds ab dem Jahr 2020 unter anderem bei der Rückführung von Krediten unterstützt werden, die Altverbindlichkeiten im Sinne von § 3 des Altschuldenhilfe-Gesetzes darstellen.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (neu)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Nicht erforderlich.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

-

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Es wird empfohlen:

Es sind bereits vom Land M-V Regelungen getroffen worden, die Ablösung der Altverbindlichkeiten von kommunalen Wohnungsunternehmen ab dem Jahr 2020 zu unterstützen. Darüber hinaus kann die Stadtvertretung entscheiden, ob zusätzliche Gespräche geführt werden sollen.

Dr. Rico Badenschier